

Barack Obama sprach als „schwarzer“ Präsident

Zusammenfassung der US-Berichterstattung der Woche vom 15. bis 19. Juli 2013

(aa) Während sich die Proteste in den USA nach dem Urteil im Fall Trayvon Martin landesweit ausbreiten, gab Präsident Barack Obama am Freitag unerwartet eine Stellungnahme ab, ohne jedoch das Gerichtsverfahren- und urteil anzuzweifeln. Vielmehr schilderte Obama in seiner bewegenden Ansprache persönliche Erfahrungen der Rassendiskriminierung als junger Afroamerikaner und identifizierte sich gar mit dem Getöteten mit den Worten: „Trayvon Martin could have been me 35 years ago“. Sein deutliches Bekenntnis zur Zugehörigkeit zur afro-amerikanischen Gemeinschaft löste nicht nur eine große Wertschätzung bei den Hinterbliebenen des Toten aus, sondern auch die Vermutung der *Washington Post*, mit dieser Rede ein bei Weitem größeres Aufsehen zu erregen als mit seiner Ansprache zur Rassenfrage im März 2008 als damaliger Senator und Präsidentschaftskandidat. Die *Huffington Post* betonte die nüchterne Einschätzung Obamas, dass der Fall gerichtlich abgeschlossen ist und es voraussichtlich zu keiner strafrechtlichen Verfolgung des Angeklagten mehr kommen wird. Die *Los Angeles Times* machte nach anfänglicher Zurückhaltung des Präsidenten während seiner ersten Amtszeit eine zunehmende Bereitschaft aus, den Rassismus in den USA öfter und deutlicher, vor allem im Ausland, zu thematisieren. Dies geschah jüngst während eines Staatsbesuches in Südafrika, dem Land, welchem er sein politisches Engagement schuldet, so Obama. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Prognosen der beiden Zeitungen bewahrheiten werden.

In der Zwischenzeit hat die hochverschuldete ehemalige Automobilmetropole Detroit am vergangenen Donnerstag Konkurs angemeldet. Als solche ist sie die bisher größte Stadt der USA, die sich für diesen Weg entschlossen hat. Die leeren Kassen der Stadt und Schulden in Höhe von über \$18 Milliarden, die sich über mehrere Dekaden hinweg nach dem Rückgang der Autoindustrie akkumuliert haben, trieben die Stadt zu dieser Entscheidung. Hinzu kommt der bauliche Zerfall, die hohe Arbeitslosenrate sowie die hohe Kriminalität, die nicht viele Lichtblicke für eine rosigere Zukunft bieten. Dennoch betrachtet Gouverneure Rick Synder, der den Insolvenzprozess eingeleitet hat, diesen als Möglichkeit, der Stadt einen Neustart zu

ermöglichen. Laut der *New York Times* könnte diese Gangart andere Städte in ähnlichen Situation ermutigen, es Detroit gleich zu tun, um sich von ihren Lasten befreien. Washington hingegen wird Detroit keinerlei Hilfe in Aussicht stellen, behält sich allerdings vor, die Situation genau zu beobachten.

Erfreulichere Nachrichten gibt es über die Waldbrände zu berichten, die seit Montag im Süden Kaliforniens nahe Palm Springs wüten. Mehr als 6.000 Menschen mussten bisher Ihre Häuser verlassen, dutzende Häuser und Gebäude wurden zerstört und etwas 40 Quadratmeilen Fläche sind den Flammen zum Opfer gefallen. Den Einsatzkräften der Feuerwehr ist es jedoch gelungen, einen Großteil des Brandes zügig unter Kontrolle zu bekommen, der innerhalb der kommenden Tage vollständig unter der Gewalt der Einsatzkommandos sein wird, so die *usatoday*. Die Annahme, dass der Brand menschliche Ursache hatte, kann bisher nicht bestätigt werden.

www.washingtonpost.com

www.latimes.com

www.huffingtonpost.com

www.newyorktimes.com

www.ustoday.com